Rechtsfragen bei Kunstausstellungen = Questions juridiques et expositions

Autor(en): **Ruedin, Jaques**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art**

Band (Jahr): **- (1947)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-625345

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rechtsfragen bei Kunstausstellungen.

Schon öfters ist es leider vorgekommen dass Künstler, ohne vielleicht die nötigen Massnahmen getroffen zu haben, Werke an gewisse Galerien ausgehändigt haben und nachträglich Mühe hatten die Rückerstattung unverkaufter Werke, oder bei Verkauf die Auszahlung des Kaufpreises zu erreichen.

Deshalb haben wir unsern ausgezeichneten Rechtskonsulenten Herrn Dr. jur. Jagmetti gebeten, uns die juristischen Ratschläge zu geben, die geeignet sind, die Künstler gegen solche Gefahr zu schützen.

Nachstehend geben wir den Aufsatz wieder, welchen Herr Dr. jur. Jacques Ruedin, ein Mitarbeiter des Herrn Dr. Jagmetti, zu Handen unserer Kollegen aufgestellt hat. Wir danken ihm vielmals dafür.

I. Der Künstler ist in der Regel darauf angewiesen, seine Werke bei einer Kunstgalerie oder in nichtständigen Ausstellungen der Oeffentlichkeit vorzuführen und zum Verkaufe anzubieten. Die Ausstellungen und Kunstgalerien erfüllen damit eine wichtige Aufgabe. Auf Grund gewisser Erfahrungen, die einzelne Künstler in den letzten Jahren haben machen müssen, ist die Frage gestellt worden, ob sich der Künstler durch geeignete Massnahmen vor solchen Verlusten schützen kann.

In erster Linie ist darauf hinzuweisen, dass die Uebergabe eines Werkes an einen Aussteller stets einen Vertrauensakt darstellt. Wenn der Eigentümer der Galerie ein einwandfreier Geschäftsmann ist und sich in geordneten finanziellen Verhältnissen befindet, hat der Künstler praktisch nichts zu befürchten. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, so wird sich der Künstler bei der Uebergabe seiner Werke immer einer gewissen Gefahr aussetzen, da alle rechtlichen Vorkehrungen keinen vollständigen Schutz gewähren können. Unter diesem allgemeinen Vorbehalt sei auf gewisse Massnahmen hingewiesen, die zum Schutze des Künstlers theoretisch in Frage kommen, wobei im Einzelfall zu prüfen ist, ob sie sich praktisch durchführen lassen.

II. Ueblicherweise übergibt der Künstler seine Werke der Kunstgalerie mit dem Auftrage, sie auszustellen und zu verkaufen. Der Künstler bleibt bis zum Uebergang des Eigentums an seinen Werken auf den Käufer Eigentümer der ausgestellten Kunstgegenstände. Die Interessen des Künstlers können sowohl durch Handlungen der Galerie selbst, als auch durch Massnahmen der Gläubiger der Galerie beeinträchtigt werden.

1) Das Eigentum des Künstlers an den ausgestellten Werken kann zunächst durch die Retentionsansprüche des Vermieters der Galerieräume (Art. 272 ff. Obligationenrecht) gefährdet werden. Der Hauseigentümer, welcher der Galerie die Geschäftsräume vermietet hat, besitzt für seine Mietzinsforderung eine Art Pfandrecht an den beweglichen Sachen, die sich in den vermieteten Räumen befinden und die zu deren Einrichtung oder Benutzung gehören. Dieses Retentionsrecht erstreckt sich auch auf Sachen, die nicht der Galerie, sondern Dritten gehören, sofern der Vermieter nicht wusste oder nicht wissen musste, dass sie nicht Eigentum der Galerie sind. Damit der Künstler sein Eigentumsrecht gegenüber allfälligen Ansprüchen des Vermieters der Galerieräume mit Erfolg durchsetzen kann, muss er demnach nachweisen können, dass der Vermieter wusste oder wissen musste, dass die ausgestellten Kunstgegenstände dem Künstler, und nicht der Galerie gehörten. Das wird immer dann möglich sein, wenn der Künstler bei der Uebergabe seiner Werke an die Galerie dem Vermieter durch eingeschriebenen Brief mitteilt, dass diese Werke sein Eigentum sind, auch wenn sie sich in den Räumen der Galerie befinden. Diese Benachrichtigung des Vermieters empfiehlt sich demnach in allen Fällen, in denen vermutet werden kann, dass der Aussteller Mühe hat, seinen Mietzinsverpflichtungen nachzukommen.

2) Fällt die Galerie in Konkurs, so kann der Künstler verlangen, dass ihm die noch nicht verkauften Werke herausgegeben werden, da er immer noch ihr Eigentümer ist. Die Aussonderung des Eigentums Dritter aus der Konkursmasse erfolgt in einem besonderen Verfahren und es ist notwendig, dass der Künstler seine Eigentumsansprüche rechtzeitig bei der Konkursverwaltung anmeldet. Selbstverständlich ist es wichtig, dass der Künstler über die ausgestellten Werke eine Empfangsbescheinigung der Galerie besitzt, damit er sich gegenüber der Konkursverwaltung und den Gläubigern der Galerie als Eigentümer ausweisen kann. Dieser Nachweis wird erleichtert, wenn vor der Uebergabe an die Galerie auf den Werken ein Vermerk angebracht wird etwa des Inhalts: « Eigentum von Herrn X » oder « Eigentum des Künstlers ».

3) Anders gestaltet sich die Rechtslage dann, wenn die Galerie die Kunstgegenstände schon an einen Dritten verkauft hat. Der Käufer schuldet den Kaufpreis der Galerie und im Augenblick der Bezahlung des Kaufpreises ist er von seinen Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag befreit. Er hat keine Möglichkeit und ist auch nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Galerie den Kaufpreis auch wirklich dem Künstler aushändigt.

Gerät dann der Inhaber der Galerie in Konkurs, so muss sich der Künstler für die Kaufpreisforderung ausschliesslich an die Galerie halten, und zwar besitzt er eine gewöhnliche Konkursforderung in der fünften, d. h. letzten Klasse. Er riskiert daher, den Erlös aus den verkauften Werken zu verlieren oder sich mit einer bescheidenen Konkursdividende begnügen zu müssen.

Um diese Gefahr zu vermindern, ist es zweckmässig, dass der Künstler mit der Galerie schriftlich vereinbart, dass im Falle des Verkaufes eines ausgestellten Objektes der Kaufpreis sofort abzuliefern sei. Es empfiehlt sich auch, dass der Künstler nach Möglichkeit darauf drängt, dass im Falle des Verkaufes die Galerie mit ihm sofort abrechnet und ihn ausbezahlt, damit nicht das Geld in die Hand anderer Gläubiger gelangt.

4) Meistens erhält jedoch der Künstler nur verspätet vom Verkauf eines Werkes Kenntnis. In besonderen Fällen wird daher zu prüfen sein, ob der Künstler nicht ausnahmsweise besser das Verkaufsrecht nicht der Galerie überträgt, um die darin liegenden Gefahren auszuschliessen. Der Künstler würde sich das Recht vorbehalten, die ausgestellten Werke selbst zu verkaufen. Der Galerie würde er das Recht übertragen, die Kunstgegenstände auszustellen und Kaufinteressenten gegen eine entsprechende Provision zu vermitteln, worauf der Kaufvertrag direkt zwischen Künstler und Kaufinteressent abgeschlossen würde. Selbstverständlich wäre dieses Verfahren für den Künstler, die Galerie und den Käufer etwas umständlicher als das bisher übliche Vorgehen.

Dadurch, dass der Künstler sich das Verkaufsrecht vorbehält, sind jedoch noch nicht alle Gefahren beseitigt. Es ist denkbar, dass die Galerie in Uebertretung ihrer Befugnisse trotzdem das Werk veräussern und den Kaufpreis in Empfang nehmen würde. Unter Umständen wird allerdings darin eine strafbare Veruntreuung liegen (Art. 140 Strafgesetzbuch). Der Käufer, der gutgläubig annehmen konnte, dass die Galerie Eigentümer des Werkes war oder zum mindesten vom Eigentümer zur Eigentumsübertragung ermächtigt wurde, wird jedoch rechtmässiger Eigentümer des Werkes, sobald er in den Besitz der Sache gelangt (Art. 714 Abs. 2 Zivilgesetzbuch). Der Künstler kann infolgedessen vom Käufer das Bild nicht zurückverlangen mit der Begründung, die Galerie sei zum Verkauf nicht berechtigt gewesen. Mit der Bezahlung des Kaufpreises an die Galerie ist der gutgläubige Käufer von den Verpflichtungen aus dem Kaufvertrag befreit und der Künstler muss schauen, wie er sich gegenüber der Galerie schadlos halten kann. Deshalb müsste durch geeignete Massnahmen dafür gesorgt werden, dass der Kaufinteressent von vornherein weiss, dass die Galerie zum Verkauf nicht berechtigt ist. Besteht ein Ausstellungs-Katalog, so könnte darin ein Vermerk folgenden Inhalts aufgenommen werden: « Die in unserer Galerie ausgestellten Bilder (Plastiken) des Künstlers X sind Eigentum des Herrn X. Die Galerie befasst sich nicht mit dem Verkauf der ausgestellten Werke. Kaufinteressenten sind gebeten, sich direkt mit Herrn X ..... (Adresse) in Verbindung zu setzen ». Ausserdem wäre es zweckmässig, wenn bei den Bildern oder am Fusse der Plastiken der Vermerk angebracht würde: « Eigentum des Herrn X, der sich das Verkaufsrecht persönlich vorbehält ». Es ist richtig, dass ein solcher Vermerk unberechtigterweise entfernt werden kann. Immerhin wird der Inhaber der Galerie mehr Hemmungen haben, über ein Werk unrechtmässig zu verfügen, wenn ein Vermerk angebracht ist, als wenn die Eigentumsangabe fehlt. Zudem schützt ein solcher Vermerk auf jeden Fall vor einem irrtümlichen Verkauf durch die Galerie.

5) Die Anbringung eines Vermerkes auf den Kunstwerken über den Eigentümer würde auch einen gewissen Schutz gegen eine unrechtmässige Verpfändung der Werke durch die Galerie an einen Dritten bilden. Wenn der Pfandgläubiger, dem die Galerie das Werk als Pfand übergibt, gutgläubig annehmen konnte, die Galerie sei Eigentümer des Werkes, oder sie sei zur Verpfändung berechtigt, könnte das Pfandrecht des Gläubigers nicht mit Erfolg angefochten werden (Art. 933 Zivilgesetztbuch). Falls jedoch das Kunstwerk den Eigentümervermerk des Künstlers trägt, kann der Pfandgläubiger nicht behaupten, er habe es gutgläubig zum Pfand erworben.

Dr. Jacques RUEDIN.

Questions juridiques et expositions.

Il est malheureusement assez souvent arrivé que des artistes, ayant remis, sans avoir peut-être pris toutes les précautions voulues, des œuvres à certaines galeries, ont eu ensuite des difficultés à se faire restituer leurs œuvres non vendues, ou, en cas de vente, à en obtenir le produit.

C'est pourquoi nous avons prié notre excellent jurisconsulte M. R. Jagmetti, docteur en droit et avocat, de nous donner les conseils juridiques propres à mettre les artistes à l'abri de pareilles mésaventures.

Nous donnons ci-après le texte de l'article que M. J. Ruedin, docteur en droit et avocat, un collaborateur de M. Jagmetti, a bien voulu rédiger à l'intention de nos collègues. Nous lui en sommes profondément reconnaissants.

I. L'artiste n'a dans la règle d'autre moyen de présenter ses œuvres au public et de les mettre en vente que de les confier à une galerie d'art ou à une exposition non permanente. Les expositions et les galeries d'art remplissent ainsi une tâche importante. A la suite de certaines expériences fâcheuses faites par des artistes ces dernières années, la question se pose si l'artiste peut, par des moyens appropriés, se prémunir contre de telles pertes.

Constatons en premier lieu que la remise d'une œuvre à une personne chargée de l'exposer est toujours une affaire de confiance. Si le propriétaire de la galerie est un commerçant de tout repos, se trouvant en situation financière ordrée, l'artiste n'a pratiquement rien à craindre. Si par contre ces conditions ne sont pas remplies, l'artiste courra toujours un certain risque en remettant son œuvre car aucune mesure juridique ne peut offrir toute garantie. Sous ces réserves d'ordre général voyons un peu quelles mesures peuvent être prises pour protéger théoriquement l'artiste. Il y a toutefois lieu d'étudier si elles sont pratiquement réalisables dans chaque cas particulier.

II. L'artiste remet généralement ses œuvres à une galerie d'art avec mission de les exposer et de les vendre. Jusqu'au transfert à l'acheteur des œuvres exposées, l'artiste en reste le propriétaire. Les intérêts de l'artiste peuvent être lésés tant par des manœuvres de la galerie elle-même que par des mesures prises par les créanciers de celle-ci.

1) Les droits de l'artiste en tant que propriétaire des œuvres exposées peuvent en premier lieu être mis en danger par le droit de rétention du bailleur de la galerie (art. 272 et suivants du C. O.). Le propriétaire de l'immeuble ayant loué à la galerie les locaux qu'elle occupe, possède, pour garantie du loyer, une sorte de droit de gage sur les objets mobiliers qui garnissent les lieux loués et qui servent soit à l'aménagement, soit à l'usage de ceux-ci. Ce droit de rétention grève aussi les objets appartenant non pas à la galerie mais à des tiers, pour autant que le bailleur ignorait ou ne devait pas savoir que ces objets n'étaient pas propriété de la galerie. Pour pouvoir efficacement faire valoir ses droits de propriété contre d'éventuelles prétentions du bailleur de la galerie, l'artiste doit être en mesure de prouver que le bailleur savait ou devait savoir que les objets d'art exposés appartiennent à l'artiste et non à la galerie. Cela sera toujours possible si l'artiste fait savoir au bailleur, par lettre recommandée, et lors de la remise de ses œuvres à la galerie, que celles-ci sont sa propriété malgré qu'elles se trouvent dans les locaux de la galerie. Cette communication au bailleur est dès lors opportune lorsqu'il y a des raisons de supposer que l'exposant (le locataire) a de la peine à s'acquitter de son loyer.

2) En cas de faillite de la galerie, l'artiste peut exiger la restitution des œuvres non encore vendues, dont il est encore le propriétaire. La revendication par des tiers des choses appartenant à la masse en faillite fait l'objet d'une procédure distincte et il est nécessaire que l'artiste fasse valoir à temps son droit de propriété auprès de l'office des faillites. Il est naturellement important que l'artiste possède, pour les œuvres exposées, un récépissé émanant de la galerie afin de pouvoir prouver sa qualité de propriétaire envers l'office des faillites et les créanciers de la galerie. Cette preuve est facilitée par l'apposition aux œuvres, avant leur remise à la galerie, d'une annotation disant par exemple: « Propriété de M. X. » ou « Propriété de l'artiste ».

3) La situation juridique est différente lorsque la galerie a déjà vendu les œuvres d'art à des tiers. L'acheteur doit le prix d'achat à la galerie; il est libéré des obligations découlant du contrat de vente par le paiement du prix d'achat. Il n'a ni le moyen ni l'obligation de faire en sorte que la galerie remette effectivement à l'artiste le prix d'achat.

Si le titulaire de la galerie tombe en faillite, l'artiste ne peut s'en tenir, pour la créance découlant de la vente de l'œuvre, qu'à la galerie uniquement, sur laquelle il possède une simple créance de 5e, c'est-à-dire de dernier rang. Il risque par conséquent de perdre le produit de la vente de l'œuvre ou de devoir se contenter d'un modeste dividende.

Pour diminuer ce risque, il est opportun que l'artiste convienne par écrit avec la galerie qu'en cas de vente d'un objet exposé, le prix de vente lui en soit remis immédiatement. Il est recommandable aussi que l'artiste insiste le plus possible pour qu'en cas de vente la galerie règle compte et fasse le paiement immédiatement, afin que la somme versée ne tombe pas entre les mains d'autres créanciers.

4) Le plus souvent cependant, l'artiste n'a connaissance que tardivement de la vente d'une œuvre. Dans des cas spéciaux il sera par conséquent bon d'examiner si l'artiste ne ferait pas bien de ne pas charger des ventes la galerie, ceci pour exclure les risques inhérents à ces ventes. Il se réserverait le droit de vendre lui-même les œuvres exposées. La galerie serait chargée d'exposer les œuvres et de servir, moyennant une commission, d'intermédiaire entre l'artiste et l'acheteur, mais le contrat de vente serait conclu directement entre l'artiste et l'acheteur. Ce procédé serait évidemment un peu plus compliqué pour l'artiste, pour la galerie et pour l'acheteur, que le mode de faire usuel.

Mais même en se réservant le droit de vente, l'artiste n'aura pas encore éliminé tous les risques. Il serait possible que la galerie, outrepassant ses droits, vende l'œuvre et en encaisse le prix. Suivant les circonstances cet acte pourrait constituer un abus de confiance coupable (art. 140 C. P.). L'acheteur qui pouvait de bonne foi supposer que la galerie était propriétaire de l'œuvre ou tout au moins qualifiée pour la vendre, devient légitime propriétaire de l'œuvre dès qu'il en est mis en possession (art. 714, al. 2 C. C.). L'artiste ne peut par conséquent exiger de l'acheteur la restitution de l'œuvre en allégant que la galerie n'avait pas qualité pour en opérer la vente. Par le paiement à la galerie du prix d'achat l'acheteur, s'il est de bonne foi, est libéré des obligations découlant du contrat de vente et c'est à l'artiste à voir comment il peut se faire dédommager par la galerie. C'est pourquoi il y aurait lieu de prendre des mesures pour que l'acheteur sache d'emblée que la galerie n'a pas qualité pour faire la vente. S'il existe un catalogue de l'exposition, il pourrait y être inséré une notice disant par exemple: « Les tableaux (sculptures) exposés dans notre galerie de l'artiste X. sont la propriété de M. X. La galerie ne fait pas la vente des œuvres exposées. Les acheteurs sont priés de s'adresser directement à M. X. (adresse) ». Il serait en plus opportun de munir les tableaux ou les sculptures d'une annotation disant: « Propriété de M. X. qui se réserve personnellement le droit de vente ». Il est vrai qu'une telle annotation pourrait être frauduleusement enlevée. Cependant le titulaire de la galerie sera moins enclin à disposer illégalement d'une œuvre munie d'une telle annotation que si la désignation de propriété fait défaut. Une telle annotation prévient en tous cas une vente opérée par erreur par la galerie.

5) L'apposition d'une annotation fixée à l'œuvre, et en établissant la propriété, constitue aussi une certaine protection contre la mise en gage par la galerie auprès d'un tiers. Si le créancier gagiste auquel la galerie a mis l'œuvre en gage pouvait de bonne foi admettre que la galerie était propriétaire de l'œuvre ou qu'elle était qualifiée pour la remettre en gage, le droit de gage du créancier ne pourrait être efficacement attaqué (art. 933 C. C.). Si cependant l'objet d'art portait la mention de son propriétaire, le créancier gagiste ne saurait prétendre avoir acquis le gage de bonne foi.

Dr. Jacques RUEDIN.

(Trad. A. D.)

Der Mensch wird nur durch die übereinstimmende Ausbildung aller seiner Kräfte seiner Vollendung näher gebracht.

Pestalozzi.

Werbt Passivmitglieder!